

**JU**

JUNGE UNION  
NORDRHEIN-WESTFALEN



**60 Zukunftsthesen für eine Soziale  
Marktwirtschaft in Deutschland**

**Beschluss des Leitantrages zum 43. NRW-Tag  
am 22./23. August 2009 in Essen**

## ***60 Zukunftsthesen für Deutschland***

### **Inhaltsverzeichnis**

A. Solide Staatsfinanzen	3
B. Gerechte Steuerpolitik	4
C. Wirtschaftspolitik	5
D. Banken	6
E. Arbeitsmärkte	8
F. Soziale Sicherheit	9
G. Bildung	9
H. Familienfreundliche Gesellschaft	11
I. Klimaschutz und Energieversorgung	12
J. Ländliche Räume und Infrastruktur	13
K. Europa gibt Sicherheit	14
L. Integration	15

Autoren: Christophe Darley, Lars Graßmann, Christian Hermelingmeier, Nathanael Liminski, Kristin Peitz, Martin Plum, Hendrik Schmitz, Jendrik Suck

## **A. Solide Staatsfinanzen**

### **1. *Wir wollen zukunftsgerichtete Staatshaushalte***

Bereits vor der Wirtschaftskrise waren die öffentlichen Haushalte stark belastet, durch die Maßnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur wird die Handlungsfreiheit künftiger Generationen noch weiter beschränkt. Aus einer kurzfristigen, Nachfrage stützenden Verschuldung der Gegenwart, wird ein strukturell nachhaltiges Schuldenproblem der Zukunft. Daher muss bereits heute bei allen fiskalpolitischen Maßnahmen ein verbindlicher Tilgungsplan beigefügt werden. Nur so finden unsere desolaten öffentlichen Haushalte wieder zurück zu Tragfähigkeit und Nachhaltigkeit und garantieren damit Gerechtigkeit gegenüber nachfolgenden Generationen.

### **2. *Wir wollen einen nachhaltigen Finanzhaushalt***

Aufgrund der hohen Schuldenlast in Deutschland muss mittel- bis langfristig eine gesunde Haushaltskonsolidierung stetig durchgeführt werden. Nur durch eine andauernde Konsolidierung unserer Haushalte von Gemeinden, Ländern und dem Bund gewinnt die öffentliche Hand wieder an Handlungsfähigkeit. Dies ist nur durch eine grundlegende Finanzreform möglich. Es bedarf Geschlossenheit und Durchhaltevermögen, um auf Dauer die aufgebaute Verschuldung wieder auf ein tragfähiges Maß der öffentlichen Finanzen zurückzuführen. Dabei muss ebenfalls genau überprüft werden, ob es bei den Ausgaben Einsparpotenziale gibt.

### **3. *Wir wollen ein Verschuldungsverbot in den Landesverfassungen***

Die in der Krise, durch Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur, aufgebauten Defizite in den öffentlichen Haushalten müssen in der nachfolgenden Aufschwungphase konsequent abgebaut werden. Die im Frühjahr 2009 von Bundestag und Bundesrat im Rahmen der Föderalismusreform II beschlossene Schuldenbremse stellt allenfalls einen ersten Schritt in die richtige Richtung dar. Die verbindliche Umsetzung der Schuldenbremse wird von uns weiterhin ehrgeizig verfolgt. Daher ist für die Bundesländer ein konsequentes, verfassungsmäßig vorgegebenes Verschuldungsverbot in konjunktureller Normalsituation vor dem Jahre 2020 der einzige konsequente Beitrag für einen nachhaltigen Paradigmenwechsel in der Haushaltspolitik. Durch die Betonung der Themen Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit muss den Interessen unserer Generation ein bedeutender Stellenwert im Wege eines Staatsziels im Grundgesetz zukommen. Wir setzen uns deswegen nachdrücklich für die Einfügung eines Artikels 20b in das Grundgesetz ein, der Generationengerechtigkeit als Staatsziel bestimmt.

### **4. *Wir wollen mehr Finanzautonomie für die Bundesländer und die Kommunen***

Zum Ausgleich für die strengen Verschuldungsregeln sollen die Bundesländer mehr Autonomie in der Steuerpolitik erhalten. Die Bundesländer müssen stärker in die Lage versetzt werden, eigene Einnahmen zu generieren und diese dann auch behalten zu dürfen. Daher ist eine Entflechtung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern (vertikaler Finanzausgleich) sowie zwischen den Ländern (horizontaler Finanzausgleich) zu ermöglichen. Gleiches gilt für die Kommunen. In einem ersten Schritt ist kurzfristig ihre Beteiligung an der Finanzierung der DDR-Altlasten über den Fonds Deutsche Einheit einzustellen; mittelfristig ist die gesamte Gewebesteuerumlage abzuschaffen.

## **B. Gerechte Steuerpolitik**

### ***5. Wir wollen eine wachstumsorientierte Steuerpolitik, die auf Entlastung der Leistungsträger setzt***

Die Träger von Leistung und Verantwortung in Wirtschaft, Gesellschaft und Familien müssen steuerpolitisch belohnt werden, nicht bestraft. Durch eine verfehlte Steuerpolitik werden Anreize genommen und dadurch die Leistung und folglich auch das Wachstum reduziert. Die JU NRW fordert das Ende der kalten Progression, möglichst im Zuge einer großen Steuerreform. Gerade hierbei muss dem Zukunftsbeitrag unserer Familien Rechnung getragen werden und das Ehegatten- durch ein Familiensplitting ersetzt werden.

### ***6. Wir wollen Transparenz als wichtigen Schritt zur Steuergerechtigkeit***

Statt auf wahlkampfaktische Effekthascherei, wie den 300-Euro-Lohnsteuerbonus, setzen wir uns für eine große Steuerreform nach dem 3-Stufen-Konzept von Friedrich Merz ein. Das deutsche Steuerrecht soll Vorreiter in Sachen Transparenz und Steuergerechtigkeit sein.

### ***7. Wir wollen rechtsformunabhängige wettbewerbsfähige Unternehmenssteuern krisengerecht ausrichten und Liquidität sichern***

Deutschland und seine Unternehmen konkurrieren unter anderem über die Unternehmenssteuern auf den internationalen Märkten und dürfen nicht durch eine verfehlte Steuerpolitik belastet werden. Aus Unternehmenssicht stellen unübersichtliche Steuervorschriften und wuchernde Bürokratie die größten Hindernisse dar. Wir fordern daher ein gerechtes, transparentes und verständliches Steuersystem, das sich auf das Wesentliche, nämlich die Einnahmensicherung des Staates, konzentriert. Eine wichtige Weiche für eine gerechte und wettbewerbsfähige Unternehmenssteuerpolitik ist eine echte Rechtsformneutralität. Dies gilt insbesondere für die Aufrechterhaltung der Eigenkapitalbasis mittelständischer Unternehmen. Zudem müssen steuerpolitische Entscheidungen stets einer Betrachtung der damit verbundenen Befolgungskosten (z.B. für Steuerberatung) unterzogen werden.

In der derzeitigen Wirtschaftskrise können auch nachhaltig starke Unternehmen von Liquiditätsengpässen betroffen sein. Der Staat darf diese kurzfristigen Probleme nicht forcieren. Daher fordert die JU NRW eine vereinfachte Verrechnung von Verlusten, eine generell zahlungswirksame Veranlagung der Umsatzsteuer und die Erhöhung der Freigrenze bei der Zinsschranke. Diese im Nachgang zu den beiden Konjunkturprogrammen teilweise bereits beschlossenen bzw. geplanten Maßnahmen fördern Zukunftsinvestitionen zum Beispiel in Forschung und Entwicklung und stehen einer nachhaltigen Finanzpolitik somit nicht entgegen.

### ***8. Wir wollen Verzerrungen bei den Mehrwertsteuersätzen beheben***

Bei der Zuordnung von Warengruppen zum vollen oder ermäßigten Steuersatz sind dringend Anpassungen fällig. Die Absurditäten und Unklarheiten des deutschen Umsatzsteuergesetzes gehören abgeschafft.

### ***9. Wir wollen die Erbschaftssteuer abschaffen***

Die Chance, die Erbschaftssteuer zum Ende des vorangegangenen Jahres auslaufen zu lassen, ist gescheitert. Die Erbschaftssteuer ist eine reine Neidsteuer, in der bereits mit der

Einkommenssteuer belegte Erträge doppelt nachversteuert werden und der Erhebungsaufwand in keinem Verhältnis zu den Einnahmen steht. Wir setzen uns daher für die Abschaffung der Erbschaftssteuer ein und setzen so auch ein Zeichen für generationenübergreifende Familienunternehmen.

## **C. Wirtschaftspolitik**

### ***10. Wir wollen mutige Entscheidungen, um gestärkt aus der Wirtschaftskrise hervorzugehen***

Die derzeitige Wirtschaftskrise beeinträchtigt Wachstum und Beschäftigung. Allerdings bietet sie auch Chancen, gestärkt aus ihr hervorzugehen. Unter anderem mit der Verlängerung des Kurzarbeitergeldes hat die Politik Anreize geschaffen, Fachkräfte zu halten und weiterzubilden. Die JU NRW setzt jedoch auch auf die Kräfte des Wettbewerbs, um den Markt zu erneuern und zukunftsfähige Unternehmen nachhaltig zu stärken.

### ***11. Wir wollen, dass Konjunkturlösungen nicht missbraucht werden***

Staatliche Unternehmenshilfen dürfen nicht als Wahlkampfmittel missbraucht und zum Ausgleich von Managementfehlern oder fehlender Zukunftsfähigkeit, d.h. zur künstlichen Lebenserhaltung von Unternehmen, die schon vor der Krise in der Krise waren, genutzt werden. Die Vergabe von Staatshilfen aus Steuergeldern ist an objektiven Kriterien wie den Auslösern der Schwierigkeiten und nachhaltigen Erfolgsaussichten und nicht an die Medienwirksamkeit zu knüpfen. Dies gilt auch für Bürgschaftsprogramme, welche die Staatsverschuldung zwar nicht unmittelbar weiter erhöhen, aber das Risiko neuer Schulden in sich bergen.

### ***12. Wir wollen die Liberalisierung und den Binnenmarkt weiter vorantreiben***

Die Wirtschaftskrise darf nicht für protektionistische Politik missbraucht werden. Dies gilt für den europäischen Binnenmarkt wie für den Welthandel. Das europäische Wettbewerbsrecht darf nicht ausgehöhlt werden und einen Wettlauf um Subventionen und staatliche Interventionen entfachen. Zudem fordern wir die Gespräche zur Liberalisierung des Welthandels im Rahmen der Doha-Runde unter Berücksichtigung von Sozial-, Markt- und Umweltstandards fortzuführen und abzuschließen. Gerade Deutschland als Exportweltmeister sollte hier mahnen und warnen und als gutes Beispiel vorangehen.

### ***13. Wir wollen wirtschaftliche Wachstumspotentiale in ganz Deutschland fördern***

Die Wirtschaftsförderung muss der Maxime „Stärken stärken“ folgen. Wir lehnen die Förderung lediglich politisch motivierter Leuchtturmprojekte ab. Stattdessen müssen sich im Wettbewerb abzeichnende Wachstumspotentiale unterstützt werden. Die JU NRW fordert zudem eine stärkere Gleichberechtigung von neuen und alten Bundesländern bei der Fördermittelvergabe, die mit dem Konjunkturprogramm II bereits eingeleitet wurde.

### ***14. Wir wollen konsequenten Bürokratieabbau***

Bürokratieabbau und unternehmensfreundliche und bürgernahe Gesetzgebung sind anhaltende berechnete Forderungen der Unternehmer an die Politik. Unternehmen müssen von bürokratischer Gängelung befreit werden, um nachhaltig Kräfte für Investitionen freisetzen zu können. Wir begrüßen die Initiative der Bundesregierung, die bürokratisch bedingten Verwaltungskosten bis 2011 um ein Viertel zu senken. Die JU NRW

fordert diesen Weg noch konsequenter zu gehen. Zudem müssen Hilfen aus dem Deutschlandfonds für den Mittelstand schnell und unbürokratisch zur Verfügung gestellt und überwacht werden.

#### ***15. Wir wollen die kleinen und mittleren Unternehmen stärken!***

Die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sind das Rückgrat unserer Volkswirtschaft. Insbesondere in Zeiten der Krise bedürfen sie neben den Großunternehmen der Aufmerksamkeit. Durch die schlechte Zahlungsmoral nicht nur privater, sondern auch der öffentlichen Hand sind viele KMU in die Insolvenz geraten. Deswegen fordern wir schnellstmöglich und innerhalb der Frist die verbindliche Umsetzung der EU-Richtlinie zur Bekämpfung des Zahlungsverzugs, hierdurch werden öffentliche Einrichtungen verpflichtet, ihre Rechnungen innerhalb von 30 Tagen bei den Betrieben zu begleichen. Andernfalls müssen sie eine Säumnis-Pauschale von fünf Prozent über die gesetzlichen Verzugszinsen hinaus zahlen.

#### ***16. Wir wollen den persönlich haftenden Unternehmer als Leitbild für Manager***

Mit Entscheidungen, die sich am langfristigen Erfolg des Unternehmens ausrichten, ist der persönlich haftende Unternehmer für die JU NRW das Leitbild für die Managervergütung. Erfolgreiche Manager verdienen eine angemessene Entlohnung. In Fällen von zu vertretendem Missmanagement ist durch gesetzliche Rahmenbedingungen sicherzustellen, dass keine Boni oder ähnliche Leistungen ausgezahlt werden. Diese muss sich stärker an langfristigen Erfolgsfaktoren messen lassen und somit eine Risikokomponente beinhalten, die der Situation des selbstständigen Unternehmers näher kommt. Eine staatlich vorgeschriebene Gehaltsobergrenze lehnen wir ab.

#### ***17. Wir wollen ein klares Bekenntnis zum Industriestandort Deutschland***

Deutschland und insbesondere NRW können auf eine lange industrielle Tradition zurückblicken und auch trotz des Strukturwandels beruht auf ihr unsere wirtschaftliche Stärke. Deshalb gilt es, die Akzeptanz industrieller Projekte durch alle Beteiligten zu erhöhen. Die Junge Union NRW fordert die Genehmigung derartiger Projekte zu vereinfachen und nicht parteipolitischer Blockadepolitik auszusetzen.

### **D. Banken**

#### ***18. Wir wollen eine koordinierte Banken- und Finanzaufsicht***

Die enge internationale Vernetzung und die Dynamik der Marktprozesse erfordern eine europaweite Koordination der Banken- und Finanzaufsicht, angesiedelt bei der EZB, um Transparenz in die Finanzmarktströme und Verbriefungsketten zu bringen. Im weiteren Schritt sind bei ihr gesonderte Berichterstattungen über Aktiv- und Passivgeschäfte in außerbilanziellen Zweckgesellschaften erforderlich. Außerdem müssen bestehende nationale Kreditregister über die koordinierte Aufsicht zu einem europäischen Register harmonisiert werden.

#### ***19. Wir wollen eine allumfassende Aufarbeitung der Finanzmarktkrise***

Eine lückenhafte europäische Bankenaufsicht und unzureichend abgesicherte Kreditrisikotransfers sind zwei mögliche Gründe für die Finanzmarktkrise als Ausgangspunkt der derzeitigen Wirtschaftskrise. Eine allumfassende, objektive Analyse hierzu fehlt bisher genauso wie ein öffentliches Bekenntnis der verantwortlichen

Vorstände zu einer an falschen Werten orientierten und damit völlig verfehlten Finanzpolitik der Banken. Die Bankenwirtschaft selbst geht eher kritiklos mit ihrem eigenen Fehlverhalten um, saniert sie derzeit doch lediglich ihr finanziell angeschlagenes System durch Bad-Bank-Modelle, staatliche Bankbürgschaften und eine ungewohnt hohe Differenz zwischen Leit- und Kreditzins, ohne ernsthafte Konsequenzen für das zukünftige Finanzgeschäft aufzuzeigen. Wir fordern daher die allumfassende und objektive Aufklärung der Krise durch eine wissenschaftliche Kommission. Sie soll die Politik zukünftig beraten, welche nationalen und internationalen Verbesserungen am Geldmarkt vorgenommen werden können und müssen.

## **20. Wir wollen eine Renaissance der Prinzipien in der Bankenwirtschaft**

Durch kurzfristig orientierte Bewertungsstandards und außerbilanzielle Geschäfte sind alte Kaufmannstugenden in den Hintergrund getreten. Die Bewertungen von Positionen in der Bilanz müssen sich daher wieder an der längeren Frist orientieren. In Zukunft sind Risikopositionen wieder mit mehr Eigenkapital zu unterlegen. Die sogenannte Kernkapitalquote muss wieder steigen, um Bankgeschäfte belastbar durchführen zu können. Konservative Wertorientierung und Abkehr vom kurzfristigen Gewinnstreben sind künftig auch für die führenden und beratenden Beteiligten im Bankgeschäft maßgeblich. Haftungsregeln sollen über einen längeren Zeitraum greifen. Bankgeschäfte haben sich an dem mittelfristigen Erfolg des Geschäfts und der gesamten Bank zu orientieren.

## **21. Wir wollen einen verbrauchergerechten Bankensektor**

Die Finanzmarktkrise hat das Vertrauen der Verbraucher in den Bankensektor beschädigt. Um das Vertrauen wieder herzustellen, ist Eigeninitiative für ein anbieterunabhängiges und qualitativ hochwertiges Beratungs- und Beschwerdemanagement der Banken nötig. Politik ist an dieser Stelle nachrangig in der Lage zu gestalten. Hier greift zuerst die Produktverantwortlichkeit der Bankunternehmen. Mittelbar brauchen wir jedoch auf europäischer und Bundesebene eine angemessene nachgewiesene Qualifizierung von Finanzberatern. Die bereits eingeführte Protokollierung von Beratungsgesprächen ist positiv zu bewerten. Haftungsregeln und Vergütungssysteme dürfen sich nicht mehr am kurzfristigen Erfolg orientieren, sondern sie müssen sich an einer längeren Vergleichsperiode sowie an der Entwicklung des Gesamtunternehmens Bank ausrichten. Mehr Transparenz, mehr Haftung, mehr Wahlfreiheit, aber auch mehr Selbstverantwortung auf Anbieter- und Verbraucherseite sind geeignet, um den Bankensektor verbrauchergerecht aus der Krise zu führen.

## **22. Wir wollen das Drei-Säulen-System erhalten und fordern eine Konsolidierung**

Die Finanzmarktkrise hat gezeigt, dass das deutsche Bankenmodell aus den drei Säulen der privaten, genossenschaftlichen und öffentlich-rechtlichen Institute Marktverwerfungen glättet und Auswirkungen mildert. Das Drei-Säulen-System hat sich bewährt. Auch das Europarecht muss so angepasst werden, dass der deutsche leistungsfähige Sparkassensektor erhalten bleiben kann. Gleichwohl ist deutlich geworden, dass die Landesbanken in der jetzigen Form keine Zukunft mehr haben. Wir benötigen eine Rückführung der Landesbanken auf ihre Kernaufgaben. Hierzu bedarf es einer Sparkassenzentralbank in der Trägerschaft der Sparkassen bzw. ihrer Verbände sowie von dieser abgekoppelter Landesförderbanken in der Trägerschaft jeweils eines oder mehrerer Bundesländer. Aber auch im Privatbankenbereich sind aufgrund der „Politik des leichten Geldes“ viele Institute „zu groß zum Scheitern“ geworden. Es haben sich Institute entwickelt, die schwerpunktmäßig Eigenhandel betreiben, statt ihrer volkswirtschaftlichen

Bedeutung und Verantwortung gerecht zu werden. Interne und externe Kontrolle kann dabei nahezu nicht mehr belastbar stattfinden. Daher sind auch bei den privaten Banken Abspaltungen von nichtstrategischen Unternehmenszweigen nötig, um ihre Bilanzen für eine wirtschaftliche Zukunft zu konsolidieren.

## **E. Arbeitsmärkte**

### ***23. Wir wollen einen Arbeitsmarkt, der ein Mindesteinkommen generiert – keinen Mindestlohn***

Die JU NRW bekennt sich zur Tarifautonomie und lehnt Mindestlöhne ab, weil die Tarifparteien besser als der Gesetzgeber die Lohnhöhen festlegen können. Daher sind in einem europäischen Binnenmarkt gesetzliche Mindestlöhne für Unternehmen mit mobilen Dienstleistungen und Produkten ein ordnungspolitischer Sündenfall. Unter Verteilungsgesichtspunkten ist die Forderung nach einem Mindesteinkommen, nicht aber nach Mindestlöhnen berechtigt. Über Aufstockung der Arbeitslöhne kann ein Mindesteinkommen gewährleistet werden, das sich aus dem Arbeitslohn am Markt und einer staatlichen Transferzahlung zusammensetzt. Hierzu brauchen wir aber eine Nachbesserung bei den Transferraten im Hinzuverdienstbereich, um wieder Anreize für Beschäftigung im Niedriglohnsektor zu erhöhen.

### ***24. Wir wollen eine effiziente Arbeitsmarktpolitik des Fördern und Forderns***

Arbeitsmarktpolitik muss darauf ausgerichtet sein, Arbeitslosen Voraussetzungen zu geben, schnell auf dem ersten Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen. Langzeitarbeitslose müssen gefördert, aber auch weiter gefordert werden, um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Eine intensive Erstbetreuung und Stellenbesetzung anfangs sowie bei einsetzender Langzeitarbeitslosigkeit ein konsequentes Sanktionieren bei Untätigkeit andererseits senken Anspruchslöhne und halten Anreize zur Beschäftigung aufrecht. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik muss daher ein Fördern und Fordern „aus einer Hand“ anbieten. Vor diesem Hintergrund ist die Neuordnung der Jobcenter zügig anzugehen. Wir brauchen schnell eine klare Kompetenzzuteilung zu Gunsten der Kommunen, damit die arbeitsmarktpolitischen Handlungsmöglichkeiten auch konsequent wahrgenommen werden.

### ***25. Wir wollen Flexibilität und Sicherheit am Arbeitsmarkt***

Beschäftigungschancen sind notwendige Bedingung für die Teilnahme am Arbeitsmarkt. Den Arbeitnehmern und Arbeitgebern dürfen daher keine Einschränkungen für faire Lohnverhandlungen auferlegt werden. Die betrieblichen und tariflich verhandelten Löhne bieten die Flexibilität, um sich schnell und sachgerecht an neue Bedingungen anzupassen. Ein Kündigungsschutz, der offener gestaltet worden ist, unterstützt diese Flexibilität und trägt zur Schaffung neuer Arbeitsplätze bei. Zur Flexibilität gehört auch die vorübergehende Möglichkeit zur Kurzarbeit. Diese hat die Beschäftigungssituation am deutschen Arbeitsmarkt vor schlimmeren Verwerfungen infolge der Krise bisher erfolgreich bewahrt. In einer Sozialen Marktwirtschaft setzt Politik die sozialen Rahmenbedingungen, in denen sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber bewegen können. Staatliche Intervention hat sich auf die soziale Absicherung zu konzentrieren. Ziel jeglichen staatlichen Handelns bleibt aber die Unterstützung der Beschäftigungsmöglichkeit aller Arbeitsfähigen.

## **F. Soziale Sicherheit**

### ***26. Wir wollen die Abtrennung der Sozialversicherungskosten vom Faktor Arbeit***

Für die JU NRW sind die Leipziger Beschlüsse in der Sozialpolitik weiterhin richtungweisend. Die Sozialversicherungskosten dürfen die Wettbewerbsfähigkeit des Faktors Arbeit nicht beeinträchtigen. Vor diesem Hintergrund fordern wir insbesondere die Einführung einer steuerfinanzierten, solidarischen Gesundheitsprämie in Anlehnung an die Beschlüsse des 17. CDU-Bundesparteitags 2003 in Leipzig.

### ***27. Wir wollen mehr Wettbewerb im Gesundheitssystem***

Der Gesundheitsfonds hat wenig Wettbewerb, dafür aber umso mehr bürokratischen Aufwand geschaffen. Die JU NRW fordert daher die Abschaffung des Gesundheitsfonds für einen echten Wettbewerb zwischen den gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen durch die solidarische Gesundheitsprämie.

### ***28. Wir wollen die Sicherung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum***

Alle Menschen müssen unabhängig von ihrem Wohnort einen guten Zugang zu medizinischer Versorgung haben. Insbesondere im ländlichen Raum gilt es, eine flächendeckende und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung nachhaltig zu sichern. Die JU NRW fordert die hierfür erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, wozu vor allem eine angemessene Vergütung der ärztlichen Leistungen zählt.

### ***29. Wir wollen den langfristigen Umbau der Renten- und Pflegeversicherung auf ein kapitalgedecktes System***

Der demographische Wandel und seine Folgen sind nicht erst seit gestern bekannt. Um unsere Renten- und Pflegeversicherung zukunftsfest zu machen, bedarf es daher eines umfassenden Umbaus auf mehr Kapitaldeckung.

### ***30. Wir wollen eine Rente gestützt auf drei Säulen: Gesetzlich, betrieblich und privat***

Die gesetzliche Rente wird in Zukunft nur noch einen Grundanspruch abdecken können. Die Politik jedweder Couleur darf sich vor dieser Tatsache nicht mehr verstecken und muss mehr betriebliche und private Vorsorge fordern und fördern. Hierbei ist insbesondere die Förderung betrieblicher Altersversorgungen in kleinen und mittleren Unternehmen in den Fokus des Handelns zu rücken. Die JU NRW sieht die Union als DIE Generationenpartei. Die Rentenpolitik der Union darf daher den bisherigen Konsens zwischen den Generationen über eine gerechte Lastenverteilung nicht aus dem Blick verlieren. Dazu gehört, dass sich die Entwicklung der Renten in guten wie in schlechten Zeiten an der Entwicklung der Löhne der Arbeitnehmer orientieren muss, da nur verteilt werden kann, was vorher erwirtschaftet wurde.

## **G. Bildung**

### ***31. Wir wollen mehr Geld für Bildung und Forschung - Die Bildungsrepublik***

Wir unterstützen das auf dem Bildungsgipfel 2008 in Dresden vereinbarte Ziel bis 2015 zehn Prozent des BIP in Bildung und Forschung fließen zu lassen. Wichtig ist dabei eine effektive Verwendung der Gelder. Die Finanzierung muss durch Bund und Länder allerdings nachhaltig gesichert werden.

### **32. Wir wollen Wettbewerb in der Bildungspolitik bei verbindlichen Standards**

Die JU NRW steht für eine ausdifferenzierte Bildungslandschaft von der frühkindlichen Bildung und Erziehung über Schule, duales System und Hochschule bis zum lebenslangen Lernen. Dabei setzen wir auf den föderalen Wettbewerb um die besten Konzepte zur Erreichung einheitlicher Standards in Bereichen der Abschlüsse und der Lerninhalte bei Schule und Studium.

### **33. Wir wollen eine Kontinuität in der Forschungs- und Hochschulförderung und eine Fortentwicklung des Bologna-Prozesses**

Wir begrüßen die Verlängerung des Hochschulpakts, der Exzellenzinitiative und des Pakts für Forschung und Innovation. Bei der Umsetzung muss allerdings die Planungssicherheit der geförderten Institutionen stärker als bisher Berücksichtigung finden.

Der Bologna-Prozess verfolgt im Kern richtige Ziele – die Umsetzung bedarf jedoch einer dringenden Korrektur. Vielfach wurden Vordiplome einfach zum Bachelor umetikettiert. Das schadet der Anerkennung des Bachelors als berufsqualifizierenden Abschluss. Die JU NRW fordert hier ein Umdenken. Auch das Kernziel einer internationalen Vergleichbarkeit der Studienabschlüsse muss endlich realisiert werden.

### **34. Wir wollen eine einheitliche Regelung der Hochschulzugangsberechtigung**

Deutschland braucht gemeinsame Regeln für die notwendige akademische Höherqualifizierung von Facharbeitern. Klare Anforderungen, einheitliche Anrechnung von Qualifikationen und angemessene Förderinstrumente, die sich nicht nur nach der Bedürftigkeit richten, sind für eine breitere Inanspruchnahme unerlässlich.

### **35. Wir wollen Lebenslanges Lernen in der Praxis umsetzen**

Lebenslanges Lernen darf nicht nur eine leere Worthülse sein, sondern muss in den Betrieben aktiv umgesetzt werden. Die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67, der demographische Wandel und der technologische Fortschritt erfordern eine stete Weiterentwicklung der beruflichen Qualifikation. Im Kampf gegen den Fachkräftemangel und um Beschäftigungsfähigkeit zu sichern, sieht die JU NRW hier Arbeitgeber und Arbeitnehmervertreter gleichermaßen in der Pflicht Fortbildungsangebote zu schaffen und einzufordern.

### **36. Wir wollen die duale Berufsausbildung sichern**

Die duale Berufsausbildung ist und bleibt ein Erfolgsmodell Deutschlands. Die JU NRW betont die Notwendigkeit des Festhaltens und der Weiterentwicklung, statt mit der Ausbildungsplatzabgabe ausschließlich auf Quantität zu setzen. In den Berufsschulen und in den Betrieben erlangen die Auszubildenden nicht nur die berufsspezifischen Kenntnisse und Fähigkeiten, sondern auch unverzichtbare Schlüsselqualifikationen und Tugenden.

### **37. Wir wollen internationale Zusammenarbeit in Bildung und Forschung**

International verfügbares Wissen und technologisches Know-How muss in nationale und europäische Innovationsprozesse integriert werden. Daneben muss der Zugang zu international bestehenden Forschungsinfrastrukturen beschleunigt werden. Es gilt, Deutschland als einen führenden Knotenpunkt im weltweiten F&E-Sektor zu behaupten und es für die Besten der Welt attraktiv zu machen. So müssen die Attraktivität deutscher Bildungseinrichtungen erhöht werden und auch internationale Studienabschlüsse und

Graduiertenkollegs angeboten werden. Nur so kann man ausländische Studenten werben und der Auswanderung deutscher Spitzenforscher z.B. in die USA entgegenwirken.

### ***38. Wir wollen eine stärkere Überprüfung der Zweckbindung von Studiengebühren***

Seit Einführung der Studienbeiträge in NRW entstand der Eindruck, dass an den Hochschulen zwar einige infrastrukturelle Verbesserungen eingetreten sind, die Verbesserung von Forschung und Lehre aber kaum vorangetrieben wurde. Hier sollte das Wissenschaftsministerium in Zusammenarbeit mit den Hochschulen einheitliche Vorgehensweisen entwickeln, wie die Verbesserung der Lehre für die Studierenden wahrnehmbar umgesetzt werden kann. Um sicherzustellen, dass die Studiengebühren auch zu einer spürbaren Verbesserung für jeden einzelnen Studierenden führen, müssen mindestens 75 Prozent der Studiengebühren am Fachbereich des jeweiligen Einzahlers verwendet werden. Die Hochschulen sollen öffentlich (vor allem gegenüber den Studierenden) einen Nachweis über die Verwendung der Studiengebühren pro Semester erbringen und gegebenenfalls die Gebühren dorthin gehend im nächsten Jahr anpassen. Ebenso muss gewährleistet werden, dass in den Studiengängen die Rahmenbedingungen so geschaffen werden, dass das Studium in der Regelzeit absolvierbar ist.

## **H. Familienfreundliche Gesellschaft**

### ***39. Wir wollen Leistungsgerechtigkeit für unsere Familien***

Wir fordern Leistungsgerechtigkeit, die konkret wird. Das Bundesverfassungsgericht fordert seit 1999 die gleichwertige Anerkennung des generativen Beitrags von Eltern für die Sozialsysteme im Vergleich zum monetären Beitrag aller Beitragszahler.

### ***40. Wir wollen Wahlfreiheit für unsere Eltern***

Wir fordern echte Wahlfreiheit und ein Ende der Lebensberatung durch die Politik. Die Entscheidung über Familien- und Lebensmodell obliegt einzig und allein den Eltern. Dabei bleibt für uns das klassische Familienbild der Leitgedanke. Konkret bedeutet dies, dass wir uns neben dem Ausbau des Angebots von Kindertagesstätten auch für ein Betreuungsgeld von mindestens 300 Euro für Familien, die sich entschließen, ihre Kinder nicht in eine Kinderkrippe zu schicken, einsetzen, da nur so verhindert werden kann, dass Eltern durch die Entscheidung zur eigenverantwortlichen Kinderbetreuung finanziell benachteiligt werden.

### ***41. Wir wollen Chancengerechtigkeit für unsere Kinder***

Wir fordern gerechte Chancen für alle Kinder. Chancen werden durch Bildung geschaffen. Die Kinder von heute müssen als Leistungsträger von morgen den Wohlstand von morgen erwirtschaften. Wir dürfen daher kein Kind zurücklassen und müssen unabhängig vom Elternhaus Zugänge zu allen Bildungsmöglichkeiten garantieren. Darüber hinaus muss die dauerhafte und individuelle Förderung jedes Kindes gewährleistet sein. Dies gilt gerade auch für Kinder mit einer Behinderung.

### ***42. Wir wollen Familienleistungen unter einem Dach***

Wir fordern die Einrichtung einer einheitlichen Anlaufstelle für die verantwortliche Übernahme der Leistungen aus dem Bundeskindergeldgesetz (BKGG) und dem Bundeselterngeldgesetz (BEEG). Nur die Zusammenlegung in einer Anlaufstelle garantiert die Übersichtlichkeit und schnellstmögliche Leistungserbringung für die werdenden

Eltern. Des Weiteren fordern wir die bundesweite Einrichtung von Familienzentren und deren konsequenten Ausbau. Familien haben für den Ämter-Marathon weder Zeit noch Kraft. Ihnen müssen auf ihre Fragen schnell und unkompliziert Antworten gegeben werden. Sie brauchen verlässliche Ansprechpartner in Familienzentren.

## **I. Klimaschutz und Energieversorgung**

### ***43. Wir wollen eine strategische Energiepolitik als Herausforderung meistern***

Die Energieversorgung ist eine entscheidende Herausforderung für den Standort Deutschland. Alle energiepolitischen Entscheidungen müssen an den Zielen einer sicheren, grundlastfähigen, umweltverträglichen und bezahlbaren Energieversorgung langfristig ausgerichtet werden. Die JU NRW fordert sämtliche energiepolitischen Verantwortlichkeiten im Bundeswirtschaftsministerium anzusiedeln, sodass wirtschafts-, umwelt- und forschungspolitische Aspekte gleichermaßen berücksichtigt werden können.

### ***44. Wir wollen die Abhängigkeit bei der Energieversorgung verringern***

Der zunehmende Einsatz von Ressourcen als politisches Instrument verdeutlicht die Notwendigkeit, alles zu tun, um Abhängigkeiten zu verringern. Das bedeutet, die Energieeffizienz weiter zu optimieren, Braunkohle als einzigen wettbewerbsfähigen heimischen fossilen Energieträger auch zukünftig und möglichst emissionsarm zu nutzen, Beschaffungsalternativen zu verwirklichen, den Anteil erneuerbarer Energien im Energiemix weiter auszubauen, aber auch über das Jahr 2020 hinaus auf die Kernenergie zu setzen, wobei die Entsorgungsfrage endgültig geklärt werden muss. Langfristig setzt sich die JU NRW für eine europäische Lösung zur Gewährleistung der Energieversorgung ein. Dies bedeutet u.a. ein stärkeres Gewicht gegenüber rohstoffstarken Ländern zu haben, landesspezifische Vorteile, wie geographische Lage oder klimatische Bedingungen in der EU optimal zu nutzen und vorhandene Kompetenzen und Technologien zur bündeln und auszuweiten. Die JU NRW begrüßt ausdrücklich das zukunftsweisende und innovative Projekt Desertec.

### ***45. Wir wollen Kernenergie als festen Bestandteil des Energiemixes***

Im System des europäischen CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandels droht Deutschland durch den Ausstieg aus der friedlichen, energetischen Nutzung der emissionsarmen Kernenergie ein gravierender Wettbewerbsnachteil. Dieser muss unbedingt vermieden und der Ausstieg aus der Kernenergie rückgängig gemacht werden bis alternative Energiequellen den Energiebedarf Deutschlands zuverlässig und wirtschaftlich decken können. Kernkraftwerke, bei denen die Sicherheit nach dem höchsten Stand von Wissenschaft und Technik weiterhin gewährleistet ist, dürfen nicht willkürlichen Laufzeitbeschränkungen unterworfen werden. Die JU NRW fordert zudem den Neubau von Kernkraftwerken nicht zu tabuisieren und sich stärker an internationaler nuklearer Spitzenforschung zu beteiligen. Gleichzeitig müssen aber auch die Betreiberunternehmen stärker ihrer Verantwortung gerecht werden und sich zu einer absolut transparenten und rechtzeitigen Information der Umweltbehörden im Fall von Störfällen verpflichten.

## **J. Ländliche Räume und Infrastruktur**

### ***46. Wir wollen die Verkehrsinfrastruktur erhalten und weiter ausbauen***

Die JU NRW ist sich bewusst, dass die Bundesrepublik Deutschland und insbesondere Nordrhein-Westfalen ein Transitland ist und bleiben wird. Dafür müssen unsere Verkehrswege in einem guten Zustand gehalten werden, damit der Verkehr nicht behindert oder gefährdet wird. Staus sind nicht nur ökonomisch, sondern auch ökologisch ein großes Manko. Daher fordern wir nicht nur den Erhalt unseres Verkehrssystems (Straße und Schiene), sondern auch den Ausbau entsprechend befahrener Strecken und den Lückenschluss bei fehlenden Autobahn- oder Schnellstraßenrassen. Dabei sollte durch ein verbessertes Baustellenmanagement z.B. durch Nacht- und Wochenendarbeit, die Dauer der Maumaßnahmen auf ein Minimum reduziert werden. Hierbei ist es wichtig, neben dem Ausbau der Straßen darauf zu achten, dass ein höchstmöglich vertretbarer Schutz der Bevölkerung vor Lärm und Feinstaub gewährleistet wird. In einem ersten Schritt sind daher die von Rot/Grün aus ideologischen Gründen im Rahmen des sogenannten „Düsseldorfer Signals“ nicht für den aktuellen Bundeswegeplan prioritär angemeldeten Straßenprojekte noch nachträglich in diesen zu integrieren. Als europäisches Transitland werden Deutschlands Straßen von vielen europäischen Nachbarn benutzt. Sie müssen durch die Einführung einer PKW-Maut ebenfalls am Erhalt und Ausbau der Strecken beteiligt werden. Um deutsche Autofahrer nicht noch stärker zu belasten, muss im Gegenzug die Kfz-Steuer gesenkt werden.

### ***47. Wir wollen ländliche Räume stärken***

Der Wirtschaftsstandort Deutschland lebt von einem starken ländlichen Raum. Investitionen in Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastruktur und die Gewährleistung einer flächendeckenden Gesundheitsvorsorge sind daher unerlässlich und Teil der staatlichen Daseinsvorsorge. Der ländliche Raum darf nicht vom Fortschritt abgekuppelt werden. Die JU NRW fordert ferner, den ländlichen Raum gezielt durch einzelne Projekte wie z.B. die Ansiedlung oder den Ausbau von Hochschulen zu stärken.

### ***48. Wir wollen das Baurecht vereinfachen***

Im Baurecht sind für die Kommunen inzwischen viele Hindernisse entstanden. So müssen umfangreiche Prüfungen bezüglich des Umweltschutzes durchgeführt und zahlreiche Stellungnahmen eingeholt werden, was nicht nur Arbeitskraft in den Verwaltungen bindet, sondern auch die Entwicklung der Kommunen hemmt. Die JU NRW fordert für die westdeutschen Bundesländer daher vereinfachte Genehmigungsverfahren von Infrastrukturprojekten, wie dies bereits in den ostdeutschen Ländern praktiziert wird.

### ***49. Wir wollen eine moderne Landwirtschaft in Deutschland und ein zukunftsfähiges Fördersystem der Europäischen Union über das Jahr 2013 hinaus***

Die deutsche Landwirtschaft ist für die Junge Union auch weiterhin eine Branche mit Zukunft. Wir stehen zu einer Nahrungsmittelproduktion mit den höchsten Umwelt-, Qualitäts- und Sozialstandards. Diese hochqualitative Landwirtschaft gilt es zu erhalten und zu fördern. Lebensmittelsicherheit und –autonomie müssen in Deutschland erhalten bleiben, dies ist für unsere gesamte Gesellschaft wichtig. Bis 2012 will die EU über die Verteilung der Gelder aus der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für die neue Finanzperiode entscheiden. Eine Umverteilung der Agrarförderung von der ersten Säule, welche den Betrieben direkt zur Verfügung steht, hin zur so genannten zweiten Säule, die

im Rahmen der „Ländlichen Entwicklung“ nur indirekt und unvollständig der Landwirtschaft zur Verfügung steht, lehnen wir ab. Weiterhin fordern wir eine angemessene Höhe der Flächenprämie, um eine funktionierende Landwirtschaft in Deutschland zu ermöglichen. Mittelfristig ist die Staatswirtschaft zu Gunsten des Marktes im Rahmen der Agrarpolitik zurückzudrängen sowie der Einfluss des Europäischen Parlaments zu Lasten des Rechts zu stärken.

#### ***50. Wir wollen die bäuerliche Milchwirtschaft erhalten***

Eine flächendeckende Milchwirtschaft zur Erzeugung von gesunder und qualitativ hochwertiger Milch muss erhalten bleiben. Wir fordern deswegen ein gemeinsames Vorgehen von Milchwirtschaft, Molkereien und Lebensmittelhandel, um den geringen Absatz von Milch und nicht kostendeckender Produktion langfristig zu lösen.

#### ***51. Wir wollen eine bessere Verbraucheraufklärung***

Wir fordern eine noch stärkere Aufklärung der Verbraucher über die Vorzüge von Produkten aus der deutschen, regionalen Landwirtschaft. Wir fordern eine eindeutige Kennzeichnung auf der Lebensmittelverpackung, wenn das Produkt Lebensmittelimitate wie Analogkäse oder Schinken-Imitat enthält. Wir fordern, dass Produzenten von Lebensmittelimitaten veröffentlicht werden, sofern sie die Verbraucher über die Verwendung im Unklaren lassen. Und schließlich fordern wir eine bessere Aufklärung der Verbraucher über Lebensmittelinhaltsstoffe und Ernährung. Die Familienzentren und Schulen sollen hier entsprechende Informationsangebote zur Verfügung stellen. Die Kennzeichnung von Lebensmitteln muss vereinfacht werden und deutlich zu verstehen sein.

#### ***52. Wir wollen die Ungleichbehandlung beim Agrardiesel abschaffen***

Trotz der von der Bundesregierung beschlossenen Senkung der Agrardieselbesteuerung für die zwei kommenden Jahre, setzen wir uns für ein dauerhaftes, wettbewerbsneutrales Niveau der Besteuerung von Agrardiesel im Vergleich zu unseren Europäischen Nachbarn ein.

### **K. Europa gibt Sicherheit**

#### ***53. Wir wollen eine konservative Geld- und Finanzpolitik für einen starken Euro***

In den letzten Jahren war es in vielen Volkswirtschaften ein Leichtes, Fremdkapital im großen Verhältnis zum Eigenkapital zu beschaffen. Dahinter steckte die „Politik des leichten Geldes“. Die konservative und bedächtige Geldpolitik der Europäer ist der richtige Weg, den wir nicht aus Gründen der kurzweiligen Opportunität verlassen dürfen. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat sich politisch unabhängig und einheitlich für alle auf die Stabilität unserer Währung als Voraussetzung einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung zu konzentrieren. Unsere gemeinsame Zentralbank darf nicht politisch missbraucht werden. Die neugewählte Europäische Kommission sowie der ECOFIN-Rat müssen die EZB unterstützen. Dazu ist eine strikte Umsetzung des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes genauso wichtig, wie seriöse Entscheidungen von Fall zu Fall bei europaweiten wirtschaftlichen Rettungsmaßnahmen.

#### ***54. Wir wollen eine europäische Solidarität in schwierigen Zeiten***

Die Währungsunion entfaltet in der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzmarktkrise Stabilisierungseffekte für Mitglieder, auch in der gesamten EU. Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten ist ein grundlegender Wert der EU. So hat die EU-Kommission für Staaten in Schieflage Beistandsgarantien in Höhe von 50 Milliarden Euro zugesagt. Hierzu fordern wir aber eine seriöse Prüfung des Einzelfalles.

#### ***55. Wir wollen den Lissabonvertrag für eine Sozialcharta***

Mit dem Vertrag von Lissabon erhalten die Bürger Europas eine Sozialcharta, die ihre materiellen Werte schützt. Die EU verhindert ein Dumping der Sozialleistungen oder der Arbeitslöhne und gibt Rechtsschutz, auf dem jeder eine Lebensplanung bauen kann. Wir brauchen daher den Vertrag von Lissabon, für dessen Errungenschaften beherzt geworben werden muss.

#### ***56. Wir wollen eine Privilegierte Partnerschaft für die Türkei und fordern das sofortige Ende der Beitrittsverhandlungen***

Wir lehnen einen Beitritt der Türkei zur EU ab. Die Türkei ist weder geographisch noch kulturell ein Teil Europas. Besonders die Situation und der Umgang mit den ethnischen Minderheiten, vor allem der christlichen Assyrer, ist prekär und strikt zu verurteilen. Die laufenden Prozesse gegen das syrisch-orthodoxe Kloster Mor Gabriel ist die Probe aufs Exempel, wie der türkische Staat die kulturelle und religiöse Vielfalt in seinem Land unterdrückt. Die Assyrer und andere Minderheiten müssen in der Türkei endlich anerkannt werden. Es wird deutlich, dass die politische Kultur der Türkei sich fundamental von den europäischen Werten unterscheidet. Stattdessen fordern wir eine Kooperation im Rahmen der Privilegierten Partnerschaft, wobei die Menschenrechte nicht außer Acht gelassen werden dürfen.

#### ***57. Wir wollen eine Strategie Privilegierter Europäischer Partnerschaften (PEP) für die gemeinsame Nachbarschaftspolitik***

Bereits 2004 und 2007 hat die Junge Union NRW eine Strategie Privilegierter Europäischer Partnerschaften (PEP) in die Diskussion eingebracht. Wir halten dies weiterhin für das beste Konzept, um die EU-Nachbarschaftspolitik sowohl für die osteuropäische Nachbarregion als auch für den Mittelmeerraum auszubauen und Schritt für Schritt zu institutionalisieren. Wir sehen wesentliche Teile davon im Programm der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) verwirklicht. Die vom französischen Präsidenten Sarkozy 2008 initiierte Mittelmeerunion begrüßen wir als Vertiefung einer solchen Strategie, deren langfristige Zielrichtung ein einheitliches Konzept für PEP-Länder sein soll. Sowohl am Ziel der Vollmitgliedschaft Kroatiens, als auch an der Beitrittsperspektive für weitere Staaten des westlichen Balkans zur EU halten wir weiterhin fest. Die JU NRW spricht sich außerdem für zügige Beitrittsverhandlungen mit Island aus.

## **L. Integration**

#### ***58. Wir wollen Integrationsprozesse intensivieren***

Integration ist eine Daueraufgabe und kann nicht innerhalb einer Legislaturperiode gelöst werden. Sie braucht gute Rahmenbedingungen, aber auch ein hohes Maß an Eigeninitiative. Gesellschaftliches Engagement und Ehrenamt sind und bleiben wesentliche Komponenten für das Gelingen von Integration. Die JU NRW setzt sich

besonders dafür ein noch mehr Menschen aus Zuwandererfamilien hierfür zu gewinnen. Auch ist es sinnvoll, den Dialog mit anerkannten Verbänden wie z.B. deutsch-türkischen Vereinen oder Moscheegemeinden zu intensivieren, da sie oft großen Einfluss auf die Zuwanderer haben. So kann Integration in bereits bestehenden Parallelgesellschaften eingeleitet werden.

#### ***59. Wir wollen die deutsche Sprache als Schlüssel zur Integration***

Für die JU NRW ist das sichere Beherrschen der deutschen Sprache der Schlüssel zu einer gelungenen Integration. Darüber hinaus ist die Identifikation mit Deutschland, seiner Geschichte im Herzen Europas sowie seiner Kultur und Werte notwendig für ein gehaltvolles gemeinsames Miteinander. Menschen mit Migrationshintergrund müssen sich Integrationsbemühungen öffnen, diese nutzen und unterstützen.

#### ***60. Wir wollen eine bedarfsorientierte Zuwanderung vereinfachen***

Die Zuwanderung von hochqualifizierten Menschen muss insbesondere vor dem Hintergrund des demographischen Wandels forciert und bürokratisch vereinfacht werden.